

3.10 Global denken, lokal handeln: Brandenburgs Beitrag für eine faire und friedliche Welt

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 03.09.2018
Tagesordnungspunkt: 3. Innovativ, modern - für ein weltoffenes Brandenburg
Status: Modifiziert

1 Durch die Globalisierung ist die Welt kleiner geworden. Mit ihr werden alle Folgen unseres Handelns auch
2 in Brandenburg deutlicher und direkter spürbar. Während die anderen Parteien zumeist noch im
3 nationalstaatlichen Rahmen denken, haben wir Bündnisgrünen frühzeitig auf die globalen Auswirkungen
4 unserer Lebens- und Wirtschaftsweise aufmerksam gemacht. Die Auseinandersetzung um die neuen
5 Fluchtbewegungen zeigt beispielhaft, welche Auswirkungen dies auf die Politik hat: Während die politische
6 Rechte und auch große Teile der Linken sich auf Maßnahmen konzentrieren, die Fluchtwege unpassierbar
7 zu machen, konzentrieren wir Bündnisgrüne uns auf die Fluchtursachen. Auf den ersten Blick mag das nach
8 Außen- und Entwicklungspolitik klingen, aber auch Brandenburg kann einen Beitrag dazu leisten, dass die
9 Welt für möglichst alle Menschen friedlich und fair wird. Wir wollen nicht auf Kosten anderer leben. Wir
10 wollen, dass kein Mensch flüchten muss.

11 Brandenburgs Beitrag zur Beilegung militärischer Krisen

12 Während sich ausgerechnet die Linke Brandenburg (in Person von Ralf Christoffers) über neue
13 Ansiedlungen von Rüstungsfirmen in Brandenburg freut und rot-rot die verkappte Militärshow der ILA
14 fleißig fördert, wollen wir Brandenburg zu einem Ort der zivilen Krisenprävention machen.

15 Alle Einsätze der Bundeswehr - ob im nationalen oder multinationalen Rahmen - werden grundsätzlich
16 vom Einsatzführungskommando der Bundeswehr in der Henning-von-Tresckow- Kaserne in Geltow geplant
17 und geführt. Brandenburg muss gegenüber der Bundesregierung einfordern, dass von Geltow aus keine
18 Einsätze ohne völkerrechtliche Mandate geplant oder geführt werden.

19 Wir wollen die Friedensforschung fördern und die gesellschaftliche Debatte über Militärforschung
20 vorantreiben. Die Annahme von Drittmittelprojekten für Militärforschung an Hochschulen und
21 Universitäten soll transparent werden. Hochschulen sollen gefördert werden, wenn sie sich in freiwilligen
22 Selbstverpflichtungen (Zivilklauseln) zum Verzicht auf rüstungsnaher Forschung bekennen. Zur Beratung
23 und unabhängigen Bewertung sind Kommissionen nach dem Vorbild der Ethikkommissionen in der
24 Medizinforschung zu schaffen. Wie bereits in Rheinland-Pfalz geschehen, wollen wir auch in Brandenburg
25 eine Friedensakademie gründen. Mit ihr sollen die vielen verschiedenen friedenspolitischen Initiativen
26 Brandenburgs vernetzt werden. Sie soll Friedensfachkräfte ausbilden und qualifizieren, sowie Forschung
27 und Lehre anwendungs- und lösungsorientierter Friedensarbeit leisten. Auch inwieweit
28 Umweltveränderungen zu Konflikten führen, soll analysiert werden. Zur Finanzierung können die
29 eingesparten Mittel der ILA-Förderung herangezogen werden.

30 Nachhaltiges und Faires Wirtschaften der öffentlichen Hand

31 Unsere Lebens- und Wirtschaftsweise hat Auswirkungen auf andere Teile der Welt. Leergefischte Meere,
32 aufgrund von Klimawandel devastierte Landstriche, Müllhalden unseres Mülls, Wasserknappheit aufgrund
33 von Futtermittelexporten nach Europa, Regenwaldabholzungen, militärische Konflikte mit aus Deutschland
34 exportierten Waffen uvm. Nicht alles davon kann die Brandenburger Politik lösen. Mit weit über 3
35 Milliarden Euro Vergabevolumen pro Jahr sind Brandenburgs Landes- und Kommunalverwaltungen
36 wichtige Auftraggeber und könnten damit Vorreiter einer nachhaltigen Entwicklung sein – vor allem auch,
37 wenn es um den Import von Produkten geht. So können wir stärker unseren Einfluss auf die
38 Produktionsbedingungen andernorts geltend machen. Nachhaltigkeitskriterien, wie der ökologische
39 Fußabdruck von Produkten, Klimaneutralität sowie faire Löhne und Produktionsbedingungen in den

40 Herkunftsländern spielen bislang keine oder eine nur sehr untergeordnete Rolle. Entscheidungen werden
41 hierzulande immer noch zu häufig am Beschaffungspreis und zu wenig an den Lebenszykluskosten eines
42 Produktes ausgerichtet.

43 Wir wollen daher das Brandenburger Vergaberecht ändern. Außer der Einhaltung von Tarifbindung und
44 Mindestlöhnen bei allen beauftragten Unternehmen sollen künftig auch Nachhaltigkeitskriterien für die zu
45 beschaffenden Produkte verbindlich vorgeschrieben werden. Für die Beschaffung von Importprodukten
46 sind, soweit möglich, Zertifizierungen vorzuschreiben, die die Einhaltung der ILO-Arbeitsnormen (Schutz
47 vor Ausbeutung, Verbot von Kinderarbeit) oder Nachhaltige Bewirtschaftung wie z.B. FSC vorschreiben. Die
48 Beachtung dieser Kriterien wird auch das Verantwortungsbewusstsein in breiten Bevölkerungskreisen im
49 Sinne von „Global denken, lokal handeln“ sehr positiv beeinflussen. Alle Brandenburger Behörden sollen
50 zudem EMAS-zertifiziert werden.

51 Eine Globalisierung ohne starke Regeln nützt vor allem globalen Konzernen und vergrößert die weltweite
52 Ungleichheit und verschärft die Fluchtursachen, statt sie zu lindern. In der Logik der aktuell von der EU
53 verhandelten Handelsabkommen CETA (EU-Kanada), TTIP (EU-USA) und TiSA gelten Regulierungen zum
54 Schutz von Mensch und Umwelt als störende Handelshemmnisse. Zugleich sollen durch die angedachten
55 Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren Unternehmen unnötige und gefährliche Klageprivilegien gegen
56 staatliche Regulierung erhalten. Im Bundesrat lehnen wir deshalb CETA ab. Die Verhandlungen zu TTIP und
57 dem Dienstleistungsabkommen TISA wollen wir stoppen und fordern einen Neustart der europäischen
58 Handelspolitik. Wir setzen uns für gerechte Handelsregeln ein, die fairen Wettbewerb und eine
59 ressourcenschonende Produktionsweise fördern und Beschäftigte und VerbraucherInnen schützen.

60 **Die Eine Welt in Brandenburg**

61 Unabhängig davon, ob Menschen aus unmittelbarer Angst um Leib und Leben oder vor wirtschaftlicher
62 Aussichtslosigkeit fliehen, ist eine ökonomische und sozialpolitische Zusammenarbeit mit den betroffenen
63 Regionen zur Bekämpfung von Fluchtursachen zwingend. Wir wollen nach dem Vorbild anderer
64 Bundesländer in Absprache mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
65 Entwicklung mit einer Flüchtlingsregion eine konkrete und breit aufgestellte Entwicklungspartnerschaft
66 anstreben. Ziel ist eine langfristige Kooperation von Wirtschaft, Kommunen, Hochschulen, Kirchen und
67 Zivilgesellschaft. Aus der Geschichte der Vertragsarbeiter der DDR heraus böte sich Mosambik dafür an, das
68 im Jahre 2016 auf Platz 181 von 188 des Index der menschlichen Entwicklung (HDI) lag. Dabei wollen wir
69 auch die Zusammenarbeit mit Entwicklungsorganisationen wie der Stiftung Nord-Süd-Brücken (SNSB) und
70 VENROB e.V., das entwicklungspolitische Landesnetzwerk in Brandenburg ausweiten.